

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Teil 1: Einleitung	23
A. Gegenstand dieser Arbeit	23
B. Ziel dieser Arbeit	32
C. Gang der Untersuchung	34
Teil 2: Der verfassungsrechtliche Abgeordnetenstatus	37
A. Der Abgeordnetenstatus im Bundesverfassungsrecht	37
I. Statusbegriff	37
II. Rechtsstellung des Abgeordneten	41
1. Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG	41
a) Vertreter des ganzen Volkes	41
b) An Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen (freies Mandat, Unabhängigkeit)	45
aa) Verhältnis des Abgeordneten zu seiner Fraktion	53
bb) Verhältnis des Abgeordneten zu seiner Partei	58
cc) Verhältnis des Abgeordneten zu den Wählern	66
2. Formale Gleichbehandlung aller Abgeordneten	67
3. Entschädigungsanspruch	72
a) Historisches Verständnis der Entschädigung	72
b) Gegenwärtiges Verständnis der Entschädigung	75
c) Eigene Auffassung	79
aa) Entschädigung als Einkommen des Abgeordneten aufgrund des Mandats	79
bb) Angemessenheit der Entschädigung	85
(1) Ausreichende Existenzsicherung	86
(2) Bedeutung des Amtes (Verantwortung, Belastung, Rang)	86
(3) Sicherung der Unabhängigkeit als Angemessenheitskriterium	92
(4) Orientierung am Durchschnittseinkommen?	93

cc) Vollalimentation	93
dd) Leistungsarten	95
(1) Grundentschädigung	95
(2) Übergangsgeld	96
(3) Altersversorgung	98
(4) Hinterbliebenenversorgung	101
(5) Zwischenergebnis	102
ee) Entschädigungsanspruch und formalisierter Gleichheitssatz	102
4. Weitere Rechte und Pflichten	110
a) Indemnität, Immunität, Zeugnisverweigerungsrecht, Beschlagnahmeverbot	112
b) Wahlvorbereitungsurlaub	112
c) Behinderungsverbot	112
d) Freifahrtanspruch	115
e) Mitgliedschaftsrechte	116
f) Abgeordnetenpflichten	117
5. Exkurs: Auswirkungen einer Berufstätigkeit des Abgeordneten auf seine Unabhängigkeit	119
a) Unterschiedliche Auffassungen innerhalb des BVerfG	119
aa) Auffassung der die Entscheidung tragenden Richter	121
bb) Auffassung der dissentierenden Richter	122
b) Auffassungen im Schrifttum	124
aa) Berufstätigkeit als eher fördernder Umstand für die Unabhängigkeit des Abgeordneten	125
bb) Berufstätigkeit als eher gefährdender Umstand für die Unabhängigkeit des Abgeordneten	127
c) Eigene Auffassung	129
6. Ergebnis	135
B. Der Abgeordnetenstatus im Landesverfassungsrecht	136
I. Repräsentantenstellung	136
II. Freies Mandat	136
III. Mitgliedschaftsrechte und –pflichten	137
IV. Immunität, Indemnität, Zeugnisverweigerungsrecht, Behinderungsverbot, Wahlvorbereitungsurlaub und Freifahrtanspruch	138
V. Entschädigungsanspruch	138
1. Verfassungsregelungen vor Inkrafttreten des GG	138
2. Geltendes Landesverfassungsrecht	139

VI. Exkurs: Auswirkungen einer Berufstätigkeit des Abgeordneten auf seine Unabhängigkeit	148
VII. Ergebnis	149
C. Ergebnis zu Teil 2	149
Teil 3: Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beurteilung der vorhandenen Anrechnungsregeln	151
A. Entstehungsgeschichte und Grundlagen der Anrechnung	151
I. Entstehungsgeschichte	151
II. Grundlagen der Anrechnung	153
1. Bedeutung des Begriffs und Rechtsfolgen	153
2. Umsetzung der Anrechnungsbestimmungen: Verfahren und Rechtsschutz	156
a) Zuständige Behörde	156
b) Verfahren und Form	156
aa) Festsetzung von Leistungen	156
bb) Rückforderung zu viel gezahlter Bezüge	157
(1) Bundesrecht	157
(a) Von Anfang an rechtswidriger Verwaltungsakt	158
(b) Nachträglich rechtswidrig gewordener Verwaltungsakt	160
(c) Erstattung	162
(2) Landesrecht	162
c) Rechtsweg	164
B. Verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Beurteilung	164
I. Grundsätzliche verfassungsrechtliche Einordnung der Anrechnung	164
1. Verfassungsrechtliches Verbot der Anrechnung in bestimmten Fällen? ..	165
2. Verfassungsrechtliches Gebot der Anrechnung?	166
3. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Anrechnung, aber kein Gebot? ..	168
4. Eigene Auffassung	172
a) Grundsätzliche Zulässigkeit der Anrechnung	172
b) Verfassungsrechtliche Grenzen der Anrechnung	178
aa) Bundesstaatliche Kompetenzverteilung	178
bb) Grenzen für die Anrechnung durch den Abgeordnetenstatus	179

cc) Grundrechte oder grundrechtsgleiche Rechte als mögliche verfassungsrechtliche Grenze für Anrechnungsbestimmungen	180
(1) Abgeordnetenstatus und Bürgersphäre	180
(2) Zuordnung der betreffenden Ansprüche zum Abgeordnetenstatus oder zur Bürgersphäre	183
(3) Schutz durch Grundrechte oder grundrechtsgleiche Rechte?	185
(a) Berufsfreiheit	185
(b) Anspruch auf amtsangemessene Alimentation	185
(c) Eigentumsgrundrecht	189
(d) Passive Wahlgleichheit	198
(e) Ergebnis	193
5. Ergebnis	199
II. Überprüfung der Anrechnungsbestimmungen anhand der festgestellten Grenzen und anhand verfassungspolitischer Plausibilitätserwägungen ...	199
1. Anrechnung anderweitiger Bezüge auf die Grundentschädigung	199
a) Bestehende Anrechnungsregelungen	194
aa) Anrechnung aktiver Bezüge auf die Grundentschädigung	195
(1) Einkommen aus dem öffentlichen Dienst	195
(2) Entschädigung aus einem parallel wahrgenommenen Parlamentsmandat	199
(3) Bestimmtes privatrechtliches Einkommen	200
bb) Anrechnung passiver Bezüge auf die Grundentschädigung	200
b) Verfassungsrechtliche Beurteilung	201
aa) Anrechnung aktiver Bezüge auf die Grundentschädigung	202
bb) Anrechnung passiver Bezüge auf die Grundentschädigung	209
c) Verfassungspolitische Beurteilung	211
aa) Anrechnung aktiver Bezüge auf die Grundentschädigung	212
bb) Anrechnung passiver Bezüge auf die Grundentschädigung	215
d) Ergebnis	215
2. Anrechnung anderweitiger Bezüge auf das Übergangsgeld	216
a) Bestehende Anrechnungsregelungen	216
b) Verfassungsrechtliche Beurteilung	217
c) Verfassungspolitische Beurteilung.....	219
d) Ergebnis.....	219
3. Anrechnung anderweitiger Bezüge auf die Altersversorgung	219
a) Bestehende Anrechnungsregelungen	221
aa) Anrechnung aktiver Bezüge auf die Altersversorgung	221
bb) Anrechnung passiver Bezüge auf die Altersversorgung	223

b) Verfassungsrechtliche Beurteilung	224
aa) Anrechnung von Bezügen aus öffentlichen Kassen	225
bb) Anrechnung von Bezügen aus privaten Kassen	227
c) Verfassungspolitische Beurteilung	229
aa) Anrechnung von Bezügen aus öffentlichen Kassen	229
bb) Anrechnung von Bezügen aus privaten Kassen	231
d) Ergebnis	234
C. Ergebnis zu Teil 3	234
 Teil 4: Reformvorschläge und -möglichkeiten	237
A. Anrechnung privatrechtlicher Bezüge auf die Entschädigungsleistungen	237
I. Erweiterte Anrechnung privatrechtlicher Bezüge auf die abgeordnetenrechtliche Altersversorgung	238
II. Anrechnung aktiver und passiver privatrechtlicher Bezüge auf die Grundentschädigung	238
B. Anrechnung von Funktionszulagen auf abgeordnetenrechtliche Leistungen	243
C. Ausschließliche Anrechnung der während des Mandats in einer mandatsnahen Tätigkeit erworbenen Ansprüche	248
D. Anspruch nur auf die jeweils höchsten von mehreren Bezügen aus öffentlichen Kassen	250
E. Vereinheitlichung der Anrechnungsregelungen	251
F. Ergebnis zu Teil 4	254
 Teil 5: Schlussbetrachtungen	255
Literaturverzeichnis	259
Stichwortverzeichnis	279